

Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2014

Die positive wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres schlägt sich auch in den Tarifabschlüssen nieder. Die Zwischenbilanz der Tarifrunde 2014 zeigt eine weiter aufstrebende Tendenz. Die tariflichen Abschlussraten haben sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht, und auch die jahresbezogene Tarifierhöhung hat sich deutlich gesteigert. Der neutrale Verteilungsspielraum wird ausgeschöpft. Die tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden in diesem Jahr auch wegen der sehr niedrigen Inflationsrate real voraussichtlich um 2 % steigen.

REINHARD BISPINCK, WSI-TARIFARCHIV

1. Übersicht

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2014 waren erkennbar besser als die des vergangenen Jahres, denn die konjunkturelle Situation hatte bereits 2013 einen relativ günstigen Verlauf genommen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war seit dem 2. Quartal 2013 durchweg gestiegen, allerdings blieben die Raten kalender- und saisonbereinigt noch auf bescheidenem Niveau. Im 1. Quartal 2014 hellte sich der Konjunkturhorizont weiter auf, die Wirtschaftsforschungsinstitute hoben ihre Prognosen schrittweise an.

Dies schlug sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 233.000 (+ 0,6 %) auf 41,841 Mio., bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Anstieg mit 1,2 % auf 29,267 Mio. höher aus. Allerdings erhöhte sich auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen, was nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) vor allem damit zusammenhängt, dass die Entlastungswirkung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geringer ausfiel (BA 2014, S. 47).

Die Gewerkschaften griffen die positive Entwicklung auf: Der DGB nahm den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zum Anlass, um eine Verstärkung des Wachstums durch Lohnerhöhungen zu fordern. Die Wirtschaft werde im laufenden Jahr preisbereinigt um 1,75 % und 2015 sogar um 2 % wachsen. Getragen werde das Wachstum laut

Prognose von einer stärkeren Binnennachfrage, die vor allem von höheren Reallöhnen und Ausrüstungsinvestitionen gestützt wird (DGB 2014, vgl. auch IMK 2014).

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften bewegten sich in der diesjährigen Tarifrunde zwischen 4,5 und 7 % und damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Für den privatwirtschaftlichen Bereich war die Forderung der IG BCE von 5,5 % für die chemische Industrie eine wichtige Orientierungsgröße. Ebenfalls 5,5 % wurden gefordert in der Druckindustrie, bei den Tageszeitungen, im Bereich Postdienste, Speditionen und Logistik und bei der Deutschen Telekom AG. Die NGG forderte wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren für ihre Branchen zwischen 5 und 6 % sowie tarifliche Mindestentgelte von 8,50 €/Std.

Allerdings gab es davon auch deutliche Abweichungen. Im Bauhauptgewerbe belief sich das tarifpolitische Forderungsvolumen der IG BAU auf insgesamt 7 %, es beinhaltete neben einer Lohnerhöhung auch weitere Forderungen etwa zur Fahrtkostenerstattung, zur Rentenbeihilfe u. a. m. und markierte damit das obere Ende des Spektrums. Deutlich niedriger fiel die Tarifforderung mit 4,5 % in der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie aus. In der Stahlindustrie forderte die IG Metall 5 % mehr Lohn.

In dieser Tarifrunde spielten auch Forderungen mit einer ausgeprägten „sozialen Komponente“ eine wichtige Rolle. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Bund und Gemeinden) forderte ver.di eine Erhöhung der ▶

Entgelte um 100 € und eine zusätzliche Anhebung von 3,5 %. Dies entsprach umgerechnet einer Forderung von etwa 7 %. Eine gleichlautende Forderung stellte ver.di auch im Bankgewerbe. Bei der Deutschen Telekom sollten die unteren Gruppen überproportional angehoben werden.

Neben den reinen Entgeltforderungen spielten in einigen Tarifbereichen auch qualitative Tarifforderungen eine Rolle: Sie bezogen sich u. a. auf die Übernahme der Ausgebildeten, die Weiterentwicklung von Demografie-Tarifverträgen, die Fortschreibung von Altersteilzeitregelungen und die betriebliche Altersversorgung. In der Stahlindustrie verlangte die Gewerkschaft Regelungen zur fairen Gestaltung von Werkarbeit.

Der Kündigungsterminkalender gab folgenden zeitlichen Ablauf der Tarifrunde vor:

- Ende Dezember 2013 liefen die Tarifverträge für die chemische Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz, die Druckindustrie, die private Abfallwirtschaft sowie einige Krankenkassen (AOK, Barmer GEK) aus.
- Ende Januar 2014 endete die Laufzeit der Verträge in den übrigen Bereichen der chemischen Industrie (ohne Saarland, Ost) und bei der Deutschen Telekom AG.
- Im Februar 2014 endeten der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) sowie die Tarifverträge der chemischen Industrie Saarland und Ost.
- Ende April standen die Verträge des Bauhauptgewerbes, des Bankgewerbes, der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie Schleswig-Holstein u. a. sowie des Hotel- und Gaststättengewerbes Nordrhein-Westfalen zur Verhandlung an.
- Ende Mai folgten die Eisen- und Stahlindustrie (ohne Saarland) sowie weitere Bereiche des privaten Verkehrsgewerbes.
- Im Juni standen die Kautschukindustrie und die Feinkeramische Industrie Baden-Württemberg und Bayern auf dem Tarifkalender.

Wegen der lang laufenden Abschlüsse aus den Vorjahren gibt es in einigen Branchen in diesem Jahr keine Lohnrunde. Das gilt beispielsweise für die Metall- und Elektroindustrie, den Einzelhandel sowie den Groß- und Außenhandel und den öffentlichen Dienst (Länder).

Ein Blick auf die Tarifabschlüsse zeigt für das erste Halbjahr folgendes Bild (siehe auch *Übersicht 1*):

Februar:

- Am 05.02. vereinbarten die Tarifparteien für die *chemische Industrie* eine Anhebung der Entgelte nach einem Nullmonat um 3,7 %, die Gesamtlaufzeit beträgt 14 Monate (siehe 3.1).
- Ein Tarifabschluss für die *Tarifgemeinschaft Energie* (E.ON u. a.) vom 14.02. brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,4 % ab Februar 2014 und weitere 2,1 % ab Februar 2015 bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten bis Januar 2016.
- Für die Beschäftigten der ostdeutschen *Süßwarenindustrie* erreichte die Gewerkschaft NGG am 11.02. eine Steigerung der Tarifentgelte nach einem Nullmonat um 3,0 %

ab März 2014 und noch einmal 2,6 % ab März 2015 bei einer Laufzeit von insgesamt 23 Monaten bis Dezember 2015.

März:

- Am 12.03. erreichte die IG BAU für das *Maler- und Lackiererhandwerk* einen Tarifabschluss mit 50 € Pauschale für fünf Monate sowie 3,2 % Tarifierhöhung ab März 2014, weiteren 2,55 % ab Juni 2015 und zusätzlichen Angleichungsschritten in Ostdeutschland. Die Laufzeit des Abkommens beträgt 31 Monate bis April 2016.
- Für die bayerischen *Brauereien* vereinbarte die NGG am 25.03. einen Tarifabschluss mit einer zweijährigen Laufzeit, der zunächst eine Anhebung von 3,0 % ab März 2014 und anschließend eine weitere Steigerung um 2,7 % ab März 2015 vorsieht.

April:

- Im *öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden)* erfolgte der Abschluss nach zwei bundesweiten Warnstreikwellen am 01.04. in der dritten Verhandlungsrunde. Er sieht eine Tarifierhöhung von 3,0 %, mindestens 90 € monatlich, ab März 2014 vor, gefolgt von einer Stufenerhöhung um 2,4 % ab März 2015 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis Februar 2016 (siehe 3.2).
- Für die Beschäftigten der *Deutschen Telekom AG* erreichte ver.di am 09.04. eine Tarifvereinbarung, die nach zwei Nullmonaten eine Anhebung der Tarife um 2,9 % ab April 2014 vorsieht, die Beschäftigte in den oberen Entgeltgruppen erhalten 2,5 %. In der zweiten Stufe erfolgt ab Februar 2015 eine Steigerung um 2,1 %. Auch hier beträgt die Laufzeit 24 Monate.
- Die Tarifparteien der *Druckindustrie* einigten sich am 14.04. in der fünften Verhandlungsrunde auf ein Lohnabkommen, das nach vier Nullmonaten (Januar bis April) eine Steigerung der Löhne von 3,0 % ab Mai 2014 sowie eine Stufenerhöhung von 1,0 % ab April 2015 vorsieht. Die Laufzeit beträgt 27 Monate. Nach dem Ende der Friedenspflicht Ende Januar wurden die Verhandlungen von massiven Warnstreiks begleitet (siehe 3.3).
- Besonders konfliktreich gestaltete sich die Tarifrunde für die *Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen*, die am 24.04. mit folgendem Ergebnis abgeschlossen wurde: Nach neun Nullmonaten steigen die Gehälter um 2,5 % ab Mai 2014 sowie um weitere 1,5 % ab April 2015 bei einer Laufzeit von 29 Monaten bis Dezember 2015. Außerdem wurde ein neuer Manteltarifvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren bis Dezember 2018 abgeschlossen, der u. a. den schrittweisen Abbau von Urlaubsgeld und Jahresleistung von 1,75 auf 1,5 Monatsgehälter sowie eine Begrenzung des Urlaubsanspruches auf 30 Tage für Neueingestellte vorsieht (siehe 3.3).

Mai:

- Im *Bauhauptgewerbe* gelang die Tarifierhöhung am 06.05., die nach einem Nullmonat eine Lohnsteigerung um

ÜBERSICHT 1

Ausgewählte Tarifforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2014

Abschluss	Tarifbereich	Forderung	Lohn, Gehalt, Entgelt	
			2014	2015
05.02.	Chemische Industrie	5,5 %	1 Nullmonat 3,7 % regional unterschiedlich ab 02/03/04/2014, LZ* 14 Mon**	
11.02.	Süßwarenindustrie Ost	6,0 %	1 Nullmonat 3,0 % ab 03/2014	2,6 % ab 03/2015, LZ 23 Mon. bis 12/2015
14.02.	Tarifgemeinschaft Energie (u. a. E.ON)	5,0 % (IG BCE) 5,8 % (ver.di)	2,4 % ab 02/2014	2,1 % ab 02/2015, LZ 24 Mon. bis 01/2016
12.03.	Maler- und Lackiererhandwerk (o. Saarland)		50 € Pauschale für 5 Mon. 3,2 % ab 03/2014 (Ost: zusätzl. Angleichungsschritte)	2,55 % ab 06/2015, LZ 31 Mon. bis 04/2016
25.03.	Brauereien Bayern		3,0 % ab 03/2014	2,7 % ab 03/2015, LZ 24 Mon. bis 02/2016
01.04.	Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	100 € plus 3,5 %	3,0 %, mind. 90 € mtl. ab 03/2014	2,4 % ab 03/2015, LZ 24 Mon. bis 02/2016
09.04	Deutsche Telekom AG	5,5 %, untere Gruppen stärker	2 Nullmonate 2,9 % ab 04/2014, Beschäftigte in den oberen Entgeltgruppen 2,5 %	2,1 % ab 02/2015, LZ 24 Mon. bis 01/2016
14.04.	Druckindustrie	5,5 %	4 Nullmonate 3,0 % ab 05/2014	1,0 % ab 04/2015, LZ 27 Mon. bis 03/2016
24.04.	Tageszeitungen (RedakteurInnen)	5,5 %	9 Nullmonate 2,5 % ab 05/2014	1,5 % ab 04/2015, LZ 29 Mon. bis 12/2015
06.05.	Bauhauptgewerbe	7,0 %	1 Nullmonat 3,1/3,8 % West/Ost ab 06/2014	2,6/3,3 % West/Ost ab 06/2015, LZ 24 Mon. bis 04/2016
19.05.	Hotels und Gaststätten Saarland		125 € Pauschale für 5 Mon. 3,0 % ab 06/2014	2,0 % ab 01/2015, LZ 24 Mon. bis 12/2015
23.05.	Holz und Kunststoff Westfalen-Lippe (Pilotabschluss)	4,5 %	160 € Pauschale für 4 Mon. 3,0 % ab 09/2014, LZ 20 Mon. bis 12/2015	
03.06.	Feinkeramische Industrie West	5,0	3,1 % ab 07/08/2014, LZ 13 Mon. bis 07/08/2015 (regional unterschiedlich)	
12.06.	Metallhandwerk (o. Elektro, Kfz, Klempner, Kälteanlagenbauer) Niedersachsen	5,5 %	1 Nullmonat 1,8 % ab 08/2014	2,0 % ab 03/2015, 1,8 % ab 01/2016, LZ 24 Mon. bis 06/2016
23.06.	Privates Transport- u. Verkehrsgewerbe NRW	5,5 %	1 Nullmonat 2,0 % ab 07/2014	3,2 % ab 07/2015, LZ 27 Mon. bis 08/2016
30.06.	Bankgewerbe	100 € plus 3,5 %	2 Nullmonate 2,4 % ab 07/2014	2,1 % ab 07/2015, 150 € Einmalzahlung, LZ 24 Mon. bis 04/2016
07.07.	Kautschukindustrie	5,5 %	1 Nullmonat 3,3 % ab 08/2014	2,8 % ab 09/2015, LZ 23 Mon. bis 05/2016
08.07.	Eisen- und Stahlindustrie Nordwestdeutschland	5,0 %	1 Nullmonat 2,3 % ab 07/2014	1,7 % ab 05/2015, LZ 17 Mon. bis 10/2015

*LZ: Laufzeit; **Mon.: Monate.

Quelle: WSI-Tarifarchiv; Stand: 09.07.2014.

WSI Mitteilungen

3,1/3,8 % (West/Ost) ab Juni 2014 vorsieht. Ab Juni 2015 folgt eine weitere Anhebung um 2,6/3,3 %, Laufzeit insgesamt 24 Monate bis April 2016.

– Am 22.05. gelang der Pilotabschluss in der *Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie*. Für Westfalen-Lippe vereinbarte die IG Metall eine Pauschale von 160 € für vier Monate und eine Tarifierhebung um 3,0 % ab Sep- ▶

tember 2014 mit einer Laufzeit von insgesamt 20 Monaten bis Dezember 2015. Diese Einigung wurde in den anderen Regionen weitgehend übernommen.

Juni:

- In der *feinkeramischen Industrie West* sieht der Tarifabschluss vom 03.06. eine Tarifierhebung von 3,1 % vor, regional unterschiedlich ab Juni bzw. Juli 2014, bei einer Laufzeit von 13 Monaten.
- Im *privaten Transport- und Verkehrsgewerbe* in Nordrhein-Westfalen erzielte ver.di am 23.06. folgende Tarifeinigung: Erhöhung der Tarifverdienste nach einem Nullmonat ab Juli 2014 um 2,0 %, Stufenanhebung um 3,2 % ab Juli 2015. Die Gesamtlaufzeit beträgt 27 Monate bis August 2016.
- Im *Bankgewerbe* einigten sich die Tarifparteien in der dritten Runde am 30.06. auf einen Abschluss, der nach zwei Nullmonaten eine zweigliedrige Tarifierhöhung von 2,4 % ab Juli 2014 und weitere 2,1 % ab Juli 2015 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis April 2016 vorsieht. Eine zusätzliche Einmalzahlung von 150 € wird im Januar 2015 gezahlt.

Jenseits der regulären Lohn- und Gehaltsrunde wurden in einigen Branchen auch tarifliche Mindestlöhne ausgehandelt. Das von der Bundesregierung vorgelegte „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ sieht die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 €/Std. ab Januar 2015 vor. Während einer zweijährigen Übergangsfrist sind tarifvertragliche Abweichungen möglich. Dazu wurden beispielsweise in der Fleischindustrie und in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau entsprechende Regelungen getroffen.

2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im 1. Halbjahr des Jahres 2014 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund 5,3 Mio. Beschäftigte ab, darunter rund 0,8 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht etwa 27 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten.

Die durchschnittliche Abschlussrate einschließlich aller Stufenanhebungen, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, beträgt 5,2 % (West: 5,1 %, Ost: 5,6 %). Berücksichtigt werden bei der Abschlussrate nur die tabellewirksamen Tarifierhebungen, während Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außen vor bleiben.

Berücksichtigt man ausschließlich die im Jahr 2014 in Kraft tretenden Tarifierhebungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 3,4 % (West: 3,4 %, Ost: 3,7 %). Damit liegt die Abschlussrate, die 2014 wirksam wird, um 0,1 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (2013: 3,3 %).

Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegen u. a. die Bereiche Energie- und

Wasserversorgung, Bergbau, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 2,4 %, gefolgt von den privaten Dienstleistungen ohne Erwerbszweck mit 2,9 % und dem Verbrauchsgütergewerbe mit 3,0 %. Im Mittelfeld liegen u. a. das Baugewerbe mit 3,3 %, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 3,6 % und das Investitionsgütergewerbe mit 3,7 %. Den höchsten Wert weist der Handel mit 5,2 % auf.¹

Für rund 62 % der Beschäftigten mit Neuabschlüssen traten die Tarifierhebungen mit zeitlicher Verzögerung in Kraft. Überwiegend waren es ein bis drei Verzögerungsmonate. Lediglich knapp 9 % der betroffenen Beschäftigten erhielten für diese Nullmonate Pauschalzahlungen, und zwar durchschnittlich 41 € pro Verzögerungsmonat. Die Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 22,6 Monate und liegt damit geringfügig unter dem Wert für 2013 mit 22,8 Monaten.

Bei der Bewertung der tariflichen Abschlussrate ist zu berücksichtigen, dass sie die Laufzeit und die Lage des Tarifabschlusses im Jahresverlauf nicht in Rechnung stellt. Generell gilt: Aussagen zur Veränderung von wirtschaftlichen Kennziffern müssen auf einen festen Zeitraum normiert werden, um vergleichbar zu sein. Veränderungsraten beziehen sich in der Regel auf das Kalenderjahr. Für einen Vergleich mit den zentralen makroökonomischen Größen ist daher ausschließlich die jahresbezogene Tarifierhöhung mit Bezug auf das Vorjahr methodisch zulässig und verwendbar (vgl. genauer Bispinck 2011).

Die jahresbezogene Steigerung der Tarifverdienste bringt – anders als die Abschlussrate – die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen, z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse, und zusätzliche Einmalzahlungen. Insgesamt ergibt sich für 16,5 Mio. Beschäftigte eine durchschnittliche Tarifierhebung für das Jahr 2014 von 3,1 % (Tabelle 1).

Die kalenderjährliche Tarifierhebung von voraussichtlich 3,1 % für dieses Jahr liegt erkennbar über der Höhe des Vorjahres (2013: 2,7 %). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich 1,1 % wird mit dieser Tarifierhebung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr eine deutliche tarifliche Reallohnsteigerung erreicht. Der neutrale Verteilungsspielraum aus absehbarem Preisanstieg und Produktivitätssteigerung wird voraussichtlich mehr als ausgeschöpft. Legt man die Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) von bis zu 2 % und die trendmäßige Produktivitätsentwicklung zugrunde, liegt die Tarifierhebung ziemlich genau auf dieser Höhe.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede. Die Spannweite variiert zwi-

¹ Dahinter verbergen sich Abschlüsse vom Januar und Februar dieses Jahres, die einen Zeitraum seit Mitte 2013 abdecken, aber erst in diesem Jahr wirksam wurden.

TABELLE 1

Tarifsteigerung 2014¹

Angaben in absoluten Zahlen und in Prozent

Wirtschaftsbereich	West		Ost		Gesamt	
	AN in 1000	%	AN in 1000	%	AN in 1000	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	203,6	2,5	88,1	2,2	291,7	2,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	132,8	1,3	26,4	1,6	159,2	1,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	643,7	3,1	58,0	3,0	701,7	3,1
Investitionsgütergewerbe	3.835,8	3,1	473,4	3,0	4.309,2	3,1
Verbrauchsgütergewerbe	566,4	2,2	90,7	2,3	657,1	2,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	282,7	2,8	33,5	3,4	316,2	2,9
Baugewerbe	681,4	2,8	191,6	3,5	873,0	3,0
Handel	2.824,5	3,2	423,1	3,2	3.247,6	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	661,9	2,5	73,5	2,7	735,4	2,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	381,9	2,4	30,3	2,4	412,2	2,4
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	1.672,8	3,2	599,6	5,3	2.272,4	3,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.027,9	3,4	502,3	3,4	2.530,2	3,4
Gesamte Wirtschaft	13.915,4	3,1	2.590,5	3,6	16.505,9	3,1

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2014 gegenüber 2013.

Quelle: WSI-Tarifarchiv; Stand: 30.06.2014.

WSI Mitteilungen

schen 1,3 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und 3,8 % im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazwischen liegen beispielsweise das Verbrauchsgütergewerbe mit 2,2 %, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,9 %, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie das Investitionsgütergewerbe mit 3,1 % und die Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 3,4 % (Tabelle 1).

Das Tarifniveau Ost/West hat sich im vergangenen halben Jahr geringfügig erhöht. Es beträgt für die tariflichen Grundvergütungen der mittleren Gruppe auf der Basis von Tarifbereichen mit 1,7 Mio. erfassten Beschäftigten zur Jahresmitte 2014 exakt 97,4 %.

3.1 Chemische Industrie

Den Tarifparteien der chemischen Industrie, der IG BCE und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), geht der Ruf voraus, ihre Tarifrunden in der Regel rasch und geräuschlos abzuwickeln. Damit unterscheiden sie sich z. B. von der Metallindustrie, wo in nahezu jeder Tarifrunde erst mehr oder minder umfangreiche Warnstreiks den Weg zu einer Tarifeinigung ebnen. Es gibt einen weiteren Unterschied: Seit einigen Jahren setzen sich die Tarifparteien dieser Branche vom allgemeinen Trend zu den länger laufenden Tarifabschlüssen ab. Sie verhandelten seit 2010 jedes Jahr einen neuen Entgelttarifvertrag (*Übersicht 2*), während im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt die Laufzeit der

ÜBERSICHT 2**Tarifsteigerungen in der chemischen Industrie seit 2008**

Jahr	Tarifierhebung	Laufzeit in Monaten
2008	4,4 %, zus. Einmalzahlung 7,0 % ¹ eines ME	13
2009	3,3 %	12
2010	Pauschalzahlung 550 € ¹	11
2011	4,1 %	14
2012	4,5 %	18

¹ Für Beschäftigte in Normalschicht.

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI Mitteilungen

3. Ausgewählte Tarifrunden

Die Tarifrunden in der chemischen Industrie und im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden haben die Tarifrunde 2014 maßgeblich geprägt. Aber auch die Tarifkonflikte in der Druckindustrie und bei den Tageszeitungen fanden große Aufmerksamkeit, weil die Beschäftigten und ver.di als Verhandlungspartei aus der Position der Defensive heraus verhandeln mussten und die Arbeitgeber zum Teil weitreichende Einschnitte in erreichte Tarifstandards forderten. Diese drei Tarifbewegungen werden im Folgenden in der zeitlichen Abfolge der Verhandlungen in Verlauf und Ergebnis dargestellt und analysiert.

Tarifabkommen im vergangenen Jahrzehnt knapp zwei Jahre betrug.

3.1.1 Forderungen und Verhandlungen

Der letzte Tarifabschluss in der chemischen Industrie erfolgte im Mai 2012 und sah eine Erhöhung der Tarifentgelte um 4,5 % für 18 Monate vor. Die Verträge liefen in den wichtigen regionalen Tarifbereichen Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz Ende 2013 aus. Damit fand in der chemischen Industrie in diesem Jahr die erste große Tarifrunde in der privaten Wirtschaft statt. Da in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2014 nicht verhandelt wurde, kam dieser Tarifbewegung nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich eine besondere Bedeutung zu.

Der Hauptvorstand der IG BCE hatte bereits am 22.10. für die weitere Diskussion in den Betrieben der chemischen Industrie eine Forderungsempfehlung zur Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 5,5 % bei einer Laufzeit von zwölf Monaten beschlossen. Zur Begründung führte die Gewerkschaft an, dass die gesamtwirtschaftlichen Daten positiv seien und die Belebung sich 2014 fortsetzen werde. Die Konjunktur in der chemischen Industrie laufe auf hohem Niveau stabil und robust, der Verteilungsspielraum sei also da (Medieninformation vom 22.10.2013). Des Weiteren sollte das Tarifabkommen „Zukunft durch Ausbildung“ fortgeschrieben und die Übernahme-situation nach der Ausbildung verbessert werden. Aus Sicht der Gewerkschaft konnte durch die bisherigen Regelungen die Zahl der Ausbildungsplätze seit 2003 um mehr als 10 % gesteigert werden. Nur ein Drittel der Auslernenden erhalte einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Das müsse geändert werden. Die große Tarifkommission der IG BCE schloss sich am 28. November einstimmig den Forderungen an.

Die Arbeitgeber meldeten erwartungsgemäß Bedenken gegenüber der Entgeltforderung an: Die Chemietarifrunde müsse einen substanziellen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Branche leisten. Die Schere zwischen kräftigen Tarifabschlüssen und enttäuschten Geschäftserwartungen dürfe nicht weiter auseinandergehen. Die Chemie-Produktion liege noch immer unter Vorkrisenniveau bei gestiegenen Lohnstückkosten. Die wirtschaftliche Situation der Branche rechtfertige daher eine solch hochprozentige Forderung definitiv nicht (Presseinformation vom 22.10.2013). In Sachen Ausbildungsförderung zeigte sich der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) hingegen offen, lehnte aber einen Zwang zur Übernahme strikt ab.

Der Verhandlungsaufakt erfolgte in regionalen Tarifrunden u. a. am 02.12.2013 im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz, gefolgt von Nordrhein am 04.12., Hessen am 05.12., Baden-Württemberg am 06.12. und Nord am 09.12.2013. Alle Verhandlungen endeten ohne Ergebnis und wurden dann – wie bereits in den Jahren zuvor – auf die Bundesebene verlagert. Auch die erste bundesweite Verhandlungsrunde am 15.01. blieb ohne Arbeitgeberangebot. Die Gewerkschaft kritisierte die „Realitätsverweigerung“ der Arbeitgeber und sprach von wachsendem

Unmut und hoher Erwartungshaltung in den Betrieben. Die Arbeitgeber kündigten an, das Ergebnis werde mehr sein als ein Inflationsausgleich, aber bei Weitem weniger als die geforderten 5,5 %. Die zweite bundesweite Verhandlungsrunde am 04. und 05.02. in Hannover führte dann zu einem Ergebnis.

3.1.2 Ergebnis

Der Tarifabschluss umfasst folgende Bestandteile:

- 1 Nullmonat
- Anhebung der Tarifentgelte um 3,7 % für 13 Monate, regional unterschiedlich ab Februar/März/April 2014
- Laufzeit insgesamt 14 Monate
- Möglichkeit zur Verschiebung der Tarifierhöhung um einen Monat bzw. zwei Monate aus wirtschaftlichen Gründen²
- unveränderte Wiederinkraftsetzung der Regelungen über Einstellungsstarifsätze.

Des Weiteren verständigten sich die Tarifparteien auf einen neuen Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“, in dem die Bestimmungen der Vereinbarungen „Zukunft durch Ausbildung“, „Start in den Beruf“ und „Berufskompass Chemie“ zusammengeführt und um Regelungen zur Übernahme nach der Ausbildung ergänzt werden. Danach soll die unbefristete Übernahme Ausgebildeter zum Regelfall werden. Im Durchschnitt der Ausbildungsjahre 2014 bis 2016 sollen jeweils 9.200 Ausbildungsplätze eingerichtet und zur Verfügung gestellt werden. Dies sind 200 mehr als in den Vorjahren.

Die Tarifparteien zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden und sprachen von einem „angemessenen und tragfähigen Kompromiss“. Die Arbeitgeber erklärten, sie seien „beim Geld bis ans äußerste Limit“ gegangen, wegen der Flexi-Regelungen werde die Wettbewerbsfähigkeit jedoch nicht gefährdet. Die IG BCE stellte die Fortschritte für die Auszubildenden heraus, die Arbeitgeber betonten, dass in der Übernahmefrage die Eigenverantwortung der Betriebe und die unternehmerische Freiheit erhalten geblieben seien.

3.2 Öffentlicher Dienst

3.2.1 Ausgangssituation und Forderungen

Seit Langem wird im öffentlichen Dienst getrennt und zeitlich jeweils um ein Jahr versetzt in zwei Tarifbereichen ver-

2 Möglichkeit der Betriebsparteien, die Tarifierhöhung aus wirtschaftlichen Gründen mittels freiwilliger Betriebsvereinbarung um einen Monat nach hinten zu verschieben. Bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann die Erhöhung um zwei Monate nach hinten verschoben werden. Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeber dies dem Betriebsrat sowie den Tarifvertragsparteien über den regionalen Chemie-Arbeitgeberverband mitteilt. Besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten liegen vor, wenn das Unternehmen im letzten Geschäftsjahr ein negatives Ergebnis (Verlust) erzielt hat oder sich aktuell in einer vergleichbaren wirtschaftlichen Situation befindet.

handelt: Zum einen im Bereich der Länder, dort hat es den letzten Abschluss im März 2013 gegeben, der bei einer Laufzeit von 24 Monaten eine Erhöhung um 2,65 % zu Beginn des Jahres 2013 und eine Stufenanhebung um weitere 2,95 % zu Beginn dieses Jahres vorsah; zum anderen für den Bereich Bund und Gemeinden.³ Hier liefen die Verträge Ende Februar dieses Jahres aus. Der letzte Abschluss für Bund und Gemeinden stammt aus dem Frühjahr 2012 und beinhaltete eine dreiteilige Tarifierhöhung: 3,5 % ab März 2012, weitere 1,4 % ab Januar 2013 und noch einmal 1,4 % ab August 2013.

Bereits im Oktober 2013 hatte die ver.di-Bundestarifkommission die Diskussion um die Forderungsstruktur und -höhe begonnen. Nach einer intensiven Meinungsbildung in der Organisation beschloss sie am 11.02.2014 diese Forderungen:

- Erhöhung der Tarifentgelte um einen Grundbetrag von 100 € plus 3,5 %
 - Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 € monatlich
 - altersunabhängiger Erholungsurlaub von 30 Arbeitstagen für alle Beschäftigten
 - für Beschäftigte im Nahverkehr Zahlung einer Nahverkehrszulage von monatlich 70 €
 - verbindliche Regelung zur unbefristeten Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung
 - tarifvertraglicher Ausschluss von sachgrundlosen Befristungen
 - zusätzliche Forderungen für den Bereich Krankenhäuser.
- Der Grundtenor der Forderung und ihrer Begründung ähnelte der Tarifbewegung für Bund und Gemeinden 2012. Das Motto der Tarifrunde lautete „Wir sind es wert – Anschluss halten an die Einkommensentwicklung“. Die Einkommensentwicklung der Beschäftigten bei Bund und Gemeinden sei hinter der Lohnentwicklung in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Die Arbeitnehmerinnen insgesamt hätten sich im Vergleich zu 2000 nur knapp oberhalb der Inflationsrate erhöht, während die Unternehmens- und Kapitalerträge preisbereinigt um mehr als 20 % gestiegen seien. Erneut – wie bereits seit dem Jahr 2008 – forderte ver.di eine „soziale Komponente“, also eine überproportionale Erhöhung der unteren Einkommensgruppen. Auffällig ist die Veränderung in der Forderungsstruktur: ver.di forderte erstmals eine Kombination aus einem Sockelbetrag (in Höhe von 100 €) und einer prozentualen Erhöhung (von 3,5 %).

Zur Frage der Finanzierung der Forderungen verwies ver.di vor allem auf die „sprudelnden Steuereinnahmen“ aufgrund der guten Konjunkturlage. Die Steuerschätzungen rechneten für den Zeitraum 2011 – 2015 mit einem Plus von 15,4 %, bei den Kommunen sogar von 18,1 %.

3.2.2 Verhandlungen und Ergebnis

Die Verhandlungen begannen am 13.03. mit der ausführlichen Darstellung und Begründung der gewerkschaftlichen Forderungen. Ver.di belegte den Einkommensrückstand gegenüber der Privatwirtschaft mit folgenden Daten: Gegen-

über dem Basisjahr 2000 seien die Tarifeinkommen im öffentlichen Dienst auf 129,1 % gestiegen, dagegen in der chemischen Industrie auf 139,9 %, in der Metallindustrie auf 138,9 % und im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft auf 133,7 %. Der Abstand zur Gesamtwirtschaft müsse auch im Interesse des öffentlichen Dienstes verringert werden, um konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt zu sein. Es dürfe nicht gewartet werden, bis die Personalgewinnungsprobleme flächendeckend geworden seien (ver.di, TS berichtet Nr. 2/2014 v. 17.03.2014). Die Arbeitgeberseite lehnte die Forderungen als maßlos und die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gefährdend ab. Die Gehälter würden im Schnitt um 7,14 % steigen, in der Spitze sogar um bis zu 10,2 %. Ein Nachholbedarf im öffentlichen Dienst bestehe nicht. Ab 2008 seien die Einkommen dort stärker gestiegen als in der Gesamtwirtschaft, die Sockelbetragsforderung gefährde Beschäftigung, insbesondere in den unteren Einkommensbereichen. Es steige der Druck auf die Kommunen zu Privatisierungen, Outsourcing und Fremdvergabe (vgl. VKA Presseinformation v. 11.2.2014). Ein Angebot legten die Arbeitgeber erwartungsgemäß nicht vor.

Ver.di reagierte darauf mit dem Aufruf zu Warnstreiks, an denen sich innerhalb einer Woche bundesweit mit über 110.000 mehr Beschäftigte beteiligten als erwartet. In der zweiten Verhandlungsrunde am 20. und 21.03. standen nicht die Entgeltforderung, sondern die übrigen Forderungen und deren mögliches materielles Gewicht im Mittelpunkt. Die Tarifparteien vertagten sich auf eine weitere Verhandlungsrunde, die für den 31.03. und 01.04. terminiert wurde. Bis dahin organisierten die Gewerkschaften eine zweite Warnstreikwelle, an der sich rund 200.000 Beschäftigte beteiligten.

In der dritten Verhandlungsrunde konnte am 01.04. ein Abschluss mit folgenden Inhalten erreicht werden:

Entgelt:

- Erhöhung der Entgelte um 3,0 %, mindestens 90 € monatlich ab 01.03.14 (im Bereich des Tarifvertrags Versorgung, TV-V, 3,3 % ohne Mindestbetrag)
- Stufenerhöhung um 2,4 % ab 01.03.15
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 40 € und weitere 20 €
- Laufzeit insgesamt 24 Monate bis 29.02.16

Urlaub:

- Erhöhung des Urlaubs von 29/30 Arbeitstagen für Beschäftigte vor/nach vollendetem 55. Lebensjahr auf 30 Arbeitstage für alle Beschäftigten
- Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende um einen Tag auf 28 Arbeitstage ▶

³ Auf Arbeitgeberseite verhandeln der Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Auf Gewerkschaftsseite gehören neben ver.di die GEW, IG BAU und GdP seitens des DGB gemeinsam mit der dbbTarifunion zu den verhandelnden Gewerkschaften im öffentlichen Dienst.

Sonstige Regelungen:

- Auszubildende: Wiederinkraftsetzung der Übernahme-
regelung von Ausgebildeten für zwölf Monate bei dienst-
lichem/betrieblichem Bedarf; bei entsprechender Bewäh-
rung im Anschluss daran Übernahme in ein unbefristetes
Arbeitsverhältnis; Verbesserungen der Fahrtkostenerstat-
tung und Unterbringungskosten bei auswärtigen Ausbil-
dungsmaßnahmen
- Gemeinden: Verlängerung des TV „Pauschalzahlung“, der
einen Ausgleich für Bewährungsaufstiege für Beschäftig-
te regelt, die ab dem 01.10.05 eingestellt oder übergeleitet
wurden. Pauschalzahlung in 2014 und 2015 je 360 €
- Maßregelungsklausel.

Nicht durchsetzen konnten die Gewerkschaften u. a. die geforderte Nahverkehrszulage, die Angleichung des Nachtarbeitszuschlags im Krankenhaus sowie eine Regelung zur sachgrundlosen Befristung.

In der Bewertung des Abschlusses hob die Gewerkschaft vor allem das materielle Ergebnis und hier insbesondere den Sockelbetrag hervor, der im unteren Einkommensbereich Tarifsteigerungen bis zu 5,8 % im ersten Jahr bewirkt. Im gewichteten Mittel beläuft sich die Steigerung auf 3,3 % und liegt damit, wie Frank Bsirske betonte, „in der Spitzengruppe der diesjährigen Abschlüsse“. Tatsächlich wurde lediglich in der chemischen Industrie mit 3,7 % ein höherer Wert erzielt. Zu Recht wurde insofern von einem „verteilungspolitischen Erfolg“ (Busch 2014) gesprochen. Die Bundestarifkommission empfahl bei acht Gegenstimmen und sieben Enthaltungen die Annahme des Ergebnisses in der anschließenden Mitgliederbefragung. Hierbei sprachen sich dann 87,33 % der teilnehmenden Mitglieder für das Verhandlungsergebnis aus.

Aus Sicht der kommunalen Arbeitgeber ging das Gesamtpaket des Abschlusses „an die Grenze“, so VKA-Präsident Thomas Böhle. Der Abschluss kostete die kommunalen Arbeitgeber 2014 rund 2,55 Mrd. € (alle Bestandteile des Abschlusses) und 2015 zusätzliche 2 Mrd. € (VKA Pressemitteilung v. 01.04.2014). Das Volumen des Mindestbetrages von 0,3 % sei jedoch in der Gesamtabwägung vertretbar. Die Arbeitgeber betonten, dass sie sich in wesentlichen Bereichen durchgesetzt hätten. Bundesinnenminister de Maizière sprach von einem „guten und fairen Ergebnis“ und kündigte einen Gesetzentwurf zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten an.

In der Presse überwogen die positiven Kommentare auch mit Blick auf die soziale Komponente. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vertrat demgegenüber die Meinung, der Abschluss sei „Klientelpolitik“ zugunsten der unteren Einkommensgruppen und leiste damit der Gründung von Spartengewerkschaften Vorschub (FAZ v. 04.04.2014).

3.3 Druckindustrie und Tageszeitungsredakteure

In diesem Jahr fanden teilweise zeitlich parallel die Tarifrunden in der Druckindustrie und für die Redakteurinnen

und Redakteure bei Tageszeitungen statt. In der Druckindustrie ging es um eine normale Lohn- und Gehaltsrunde zur Neuverhandlung der Ende 2013 auslaufenden Tarifverträge. Hier erreichten die Tarifparteien in vier Monaten und fünf Verhandlungsrunden einen Abschluss. Bei den Tageszeitungen wurde dagegen bereits seit Mitte 2013 ein Tarifkonflikt um einen neuen Gehaltstarifvertrag ausgetragen, der sich durch die Kündigung des Manteltarifvertrages durch die Verleger noch verschärfte. Erst nach mehr als neun Monaten und elf Verhandlungsrunden gelang eine Einigung. Über Wochen hinweg gab es teilweise gemeinsame Streikaktionen der Beschäftigten beider Branchen.

3.3.1 Druckindustrie

Die Druckindustrie befindet sich seit Mitte der 2000er Jahre in einem wirtschaftlichen Schrumpfungs- und Anpassungsprozess (MMB 2013). Die Zahl der Betriebe ist rückläufig, die Umsätze sind real bis Ende 2013 ebenfalls zurückgegangen und dementsprechend hat sich auch das Beschäftigungsvolumen deutlich verringert. Die Zahl der Beschäftigten ist von 2005 bis 2012 von knapp 180.000 auf 151.000 zurückgegangen. Hintergrund ist neben konjunkturellen Ursachen auch ein Strukturwandel der Branche, der mit der stark wachsenden Internetnutzung, dem veränderten Mediennutzungsverhalten und der Digitalisierung der Produktionstechniken zusammenhängt. Organisationspolitisch ist die Druckindustrie ein schwieriges Terrain, weil 70 % der Betriebe weniger als zehn Beschäftigte und 90 % weniger als 50 Beschäftigte haben. Stark verankert ist ver.di nach wie vor in den mittleren und wenigen großen Betrieben. Die Tarifbindung in der Druckindustrie ist mit rund 26 % der Beschäftigten deutlich geringer als im verarbeitenden Gewerbe mit insgesamt gut 50 % (Amlinger/Bispinck 2013).

Angesichts dieser Rahmenbedingungen befindet sich ver.di in der Druckindustrie bereits seit geraumer Zeit tarifpolitisch in der Defensive. Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse sind in den vergangenen fünf Jahren eher mager ausgefallen, des Öfteren gab es Pauschalzahlungen statt tabellenwirksamer Erhöhungen. Der letzte Abschluss vom Juni 2011 hatte eine extrem lange Laufzeit von 33 Monaten und sah für die ersten 16 Monate eine Pauschalzahlung von 280 € und anschließend eine Tarifierhebung von 2,0 % vor, ergänzt um eine zusätzliche Einmalzahlung von 150 € (Übersicht 3).

In der Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde wurde die Lohnentwicklung in der Druckindustrie, die im Vergleich zu anderen Branchen deutlich zurückgeblieben ist, dann auch kritisch diskutiert. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge liefen Ende Dezember 2013 aus. Im November 2013 hatte die Tarifkommission eine Tarifforderung von 5,5 % für zwölf Monate beschlossen und orientierte sich damit an den Forderungen in anderen Industriezweigen. Gleichwohl bezeichnet der Bundesverband Druck und Medien die Forderung als vollkommen überzogen. Die Druck-

industrie befinde sich seit einigen Jahren in einem starken Wandel. In diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld würde eine Umsetzung der Forderung der Gewerkschaft die Betriebe der Branche im Übermaß belasten.

Die Verhandlungen starteten am 16.01.2014. Ver.di verwies zur Begründung der Tarifforderung auf den Reallohnverlust der Beschäftigten seit dem letzten Tarifabschluss im Jahr 2011 mit einem Minus von 3,6 %. Seit 2005 verzeichne die Druckindustrie insgesamt die schlechteste Lohnentwicklung aller Tarifbereiche. Für die Tarifpartner ver.di und den Bundesverband Druck und Medien (bvdM) müsse es deshalb nun gelten, mit einer angemessenen Lohnerhöhung im Rahmen der allgemeinen Entwicklung in Deutschland dazu beizutragen, dass die Branche „endlich ihr Verlierer- und Lohnrückerimage los wird“. In der zweiten Verhandlungsrunde am 11.02. legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor, das bei einer zweijährigen Laufzeit für 2014 eine Einmalzahlung von 400 € und eine tabellenwirksame Erhöhung von 1,8 % ab Januar 2015 vorsah. Sie forderten zudem Verhandlungen über den Manteltarifvertrag. Ver.di wies das Angebot, insbesondere die Einmalzahlung für 2014, zurück. Nach dem Ende der Friedenspflicht Ende Januar begann ver.di mit Warnstreiks. In der dritten Verhandlungsrunde am 12.03. bot ver.di an, die 5,5 %-Forderung in zwei prozentuale Erhöhungsschritte aufzuteilen und eine Laufzeit von 15 Monaten zu vereinbaren. In der vierten Runde am 20.03. boten die Arbeitgeber bei 30 Monaten Laufzeit eine zweistufige Erhöhung um 2,0 % ab März 2014 und weitere 1,4 % ab Juli 2015 bis Juni 2016 an.

In der fünften Verhandlungsrunde am 14./15.04. konnte dann eine Einigung mit folgenden Elementen erzielt werden:

- 4 Nullmonate (Januar bis April)
- 3,0 % ab 01.05.14
- 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.15
- Laufzeit insgesamt 27 Monate bis 31.03.16
- Verhandlungsverpflichtung zur Überarbeitung des Manteltarifvertrages
- Verhandlungsverpflichtung über Branchen-Lohnuntergrenzen auch für tariflose Betriebe ab September 2014.

Ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke sprach von einem „halbwegs akzeptablen Ergebnis“, das letztlich der wochenlangen Streikbewegung zu verdanken sei. Die Druckarbeitgeber betonten, dass die unverhältnismäßige Forderung von ver.di abgewehrt werden konnte und die lange Laufzeit die notwendige Planungssicherheit herstelle. Die Manteltarifvertragsverhandlungen böten die Chance, die Betriebe langfristig zu entlasten (bvdM-Pressmeldung vom 15.04.2014).

3.3.2 Tageszeitungen

In regelmäßigen Abständen bricht zwischen den Verlegern und den Gewerkschaften ein grundlegender Konflikt um die tarifvertraglich geregelten Arbeits- und Einkommensbedingungen auf. Die Zeitungsverleger forderten auch im vergangenen Jahr tiefe Einschnitte in bestehende Tarifver-

ÜBERSICHT 3

Tarifsteigerungen in der Druckindustrie seit 2008

Jahr	Tarifierhebung	Laufzeit in Monaten
2008	2,1 %	9
2009	280 € Pauschale	12
2010	2,0 %	12
2011	280 € Pauschale	16
2012	2,0 %, zus. Einmalzahlung 150 € (2013)	17

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI Mitteilungen

träge. Vergleichbare Auseinandersetzungen hat es bereits in der Tarifrunde 2003/2004 und 2010/2011 gegeben (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2005, 2012).

Der bundesweite Gehaltstarifvertrag für die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen lief bereits Ende Juli 2013 aus, die Journalistengewerkschaften Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in ver.di und Deutscher Journalisten-Verband (DJV) forderten eine Anhebung der Gehälter um 5,5 % (dju) bzw. 6 % (DJV) sowie außerdem eine Einbeziehung der Online-Redakteure in den Redakteurstarif. Im Juni 2013 kündigte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) den Manteltarifvertrag zum Jahresende. Er sollte an den „strukturellen Wandel sowie die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen“ angepasst werden. Nötig sei ein Umbau des Tarifsystems.

In der ersten Verhandlungsrunde am 19.07.2013 machten die Arbeitgeber ein mögliches Gehaltsangebot von einer Paketlösung insgesamt abhängig. Als grobe Themenfelder wurden die Absenkung der Urlaubsdauer, erfolgsabhängige Bedingungen für Urlaubsgeld/Jahresleistung, die Ausweitung der Urheberrechtsklausel, die Veränderung der Gehaltsstufensteigerung und Tarifgruppen genannt. In der zweiten Runde am 23.08.2013 legten die Arbeitgeber ein Konzept für eine regionale Differenzierung der Gehälter vor. Dies hätte nach Angaben der Gewerkschaften zur Folge gehabt, dass mehr als die Hälfte der Redakteurinnen und Redakteure für mehrere Jahre keine Tarifierhöhungen erhalten würden. Das Regionalisierungskonzept sei ein Angriff auf den bundesweiten Flächentarifvertrag (dju, Pressemitteilung vom 23.08.2013). Erst in der fünften Runde am 11.11.2013 erfolgte ein erstes Arbeitgeber-Angebot, das für 2014 eine Einmalzahlung und erst für 2015 eine Tarifierhöhung von max. 1,4 % vorsah. Ferner wurden die Kürzungsforderungen hinsichtlich Urlaub, Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung konkretisiert. Die Gewerkschaften reagierten mit bundesweiten Streiks und Protestaktionen. In der siebten Verhandlungsrunde am 05.02.2014 legten die Arbeitgeber ein konkret ausformuliertes Tarifwerk vor. Nach Berechnungen der Gewerkschaften würden sich daraus Kürzungen zwischen 1.000 und 2.800 € pro Jahr ►

ergeben (ver.di-Tarfinformation vom 04.03.2014). Eine neue Streikwelle in den Zeitungsredaktionen, aber zeitgleich auch in Druckereien und Verlagen, war die Antwort. Die Verhandlungen zogen sich noch über weitere vier Termine hin, bis schließlich in der elften Runde am 23./24.04.2014 eine Einigung gefunden wurde.

Der Gehaltsabschluss sieht folgende Punkte vor:

- 9 Nullmonate (August 2013 - April 2014)
- 2,5 % mehr Gehalt ab 05/2014
- 1,5 % Stufenerhöhung ab 04/2015
- Laufzeit insgesamt 29 Monate bis Dezember 2015
- Die Honorare für Freie steigen um je 1,8 % ab Juni 2014 und 2015.

Ferner wurde eine neue Gehaltsstruktur für ab Juli 2014 neu eingestellte Redakteure vereinbart, die sechs Gehaltsgruppen vorsieht. Redakteurinnen und Redakteure mit Regelqualifikation⁴ starten mit einem Monatsgehalt von 3.108 € in den ersten vier Berufsjahren. Neu eingerichtet wurde eine Einstiegsgruppe für Redakteure ohne Regelqualifikation, die auf zwei Jahre begrenzt ist und mit 2.870 € bezahlt wird.

Die Online-Redakteure werden in den Gehaltstarifvertrag einbezogen und müssen bis spätestens Ende September 2014 eingruppiert sein. Die Einbeziehung in den Manteltarifvertrag erfolgt bis Juli 2016.

Der Manteltarifvertrag wurde mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

- stufenweise Absenkung der Sonderzahlung von 95 auf 82,5 %
- stufenweise Absenkung des Urlaubsgeldes von 80 auf 67,5 % eines Monatsentgeltes bis 2019
- Reduzierung der Urlaubstage für Neueingestellte von 30 – 34 Arbeitstage (gestaffelt nach Lebensjahren) auf 30 Arbeitstage
- Laufzeit des Vertrages bis Ende 2018.

Unter dem Strich ergibt der Tarifabschluss ein sehr gemischtes Bild: Der Gehaltsabschluss fällt – im Vergleich zu den übrigen Tarifabschlüssen des Jahres – äußerst moderat aus. Gemessen an der Ausgangsforderung der Arbeitgeber nach der Regionalisierung der Gehälter bleibt der Erhalt eines bundesweit einheitlichen Gehaltsniveaus positiv zu vermerken. Auf der Habenseite ist auch die Einbeziehung der Online-Redakteurinnen und -Redakteure in das Tarifwerk zu verbuchen wie auch die Fortschreibung des Manteltarifvertrages. Das allerdings nur um den Preis kräftiger Einschnitte in das Leistungsniveau.

Dementsprechend fallen auch die Bewertungen durch die Tarifvertragsparteien unterschiedlich aus. Der BDZV betonte, die gefundenen „Kompromisslinien“ seien geeignet, die Zeitungsunternehmen in dem Strukturwandel „ein Stück weit zukunftsfest“ zu machen. Das von ihnen so titulierte „Tarifwerk Zukunft“ werde zur Erhaltung des Flächen-tarifvertrags beitragen.⁵

Auf Gewerkschaftsseite war dagegen im Laufe der Verhandlungen oft vom „Tarifwerk Zumutung“ die Rede und entsprechend verhalten war die Zustimmung. Bei den Mit-

gliedern gab es teils heftige Kritik und die Meinung, man habe zu viele Zugeständnisse gemacht. Von „Tagen des Zorns“ schreibt ein DJV-Vorstandsmitglied (Greibenhof 2014). Und aus der dju waren Zweifel zu vernehmen, ob dieser Abschluss die Branche tatsächlich stabilisieren wird (Angstmann-Koch 2014).

DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring meinte, es handle sich um „kein Traumergebnis“ und Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Verhandlungsführer, sprach lediglich von einem „vertretbaren Ergebnis“. Die Zustimmung der beiden Journalistengewerkschaften beruhte im Kern auf der Einschätzung, dass angesichts der realen Machtverhältnisse und der mangelnden Bindekraft des Arbeitgeberverbandes als Alternative nur ein „tarifpolitischer Flickenteppich“ geblieben wäre mit der sehr unsicheren Perspektive von Verhandlungen um Haustarifverträge. Diese Beurteilung wurde von den aktiv Beteiligten letztlich geteilt. Die große Tarifkommission des DJV stimmte „mit Mehrheit“ zu, bei der dju-Kommission fiel sie einstimmig aus. In einer Befragung der betroffenen Mitglieder der dju stimmten 77 % dem Tarifergebnis zu.

4. Ausblick

Die Tarifrunde 2014 ist zwar in weiten Bereichen bereits abgeschlossen, aber im 2. Halbjahr stehen noch eine Reihe kleinerer Wirtschaftszweige und Tarifbereiche auf dem Kalender. Im Juli sind die Deutsche Bahn AG und das Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern an der Reihe. Ende Oktober laufen die Verträge für die Textil- und Bekleidungsindustrie West aus. Eine grundsätzliche Veränderung des bislang beobachtbaren Trends der Tarifentwicklung steht nicht zu erwarten. Die Tarifrunde 2015 wird zu Beginn bestimmt werden von den Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Länder) und in der Metall- und Elektroindustrie, wo die Verträge Ende Dezember 2014 auslaufen. Bereits seit dem Frühjahr finden in der IG Metall organisationsinterne Diskussionen über die Forderungsaufstellung statt, sie beziehen sich vor allem auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse (u. a. Werkverträge) und der Arbeitszeit (u. a. Altersteilzeit). Zwischen Februar und April 2015 laufen die Tarifverträge in der chemischen Industrie und in großen Teilen des Einzelhandels sowie im Groß- und Außenhandel aus. ■

4 Volontariat, abgeschlossenes Journalistikstudium bzw. Abschluss einer anerkannten Journalistenschule.

5 Der Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland scherte nachträglich aus und verweigerte seine Zustimmung. DJV und dju weigern sich, in separate Nordverhandlungen einzutreten.

LITERATUR

Amlinger, M./Bispinck, R. (2013): Tarifbindung in Deutschland. Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung (VSE), Projekt Tarif- und Einkommensdaten, Arbeitspapier 1/2013

Angstmann-Koch, R. (2014): Eiszeit in den Tageszeitungsredaktionen. Verleger verlangen trotz stabiler Gewinne Verzicht, in: Sozialismus 41 (6), S. 41–44

Bispinck, R. (2011): Welche materiellen Wirkungen hat ein Tarifabschluss? Erläuterungen zur Tarifstatistik, in: Elemente qualitativer Tarifpolitik (71), Düsseldorf

Bispinck, R./WSI Tarifarchiv (2005): Tarifstandards unter Druck – Tarifbericht 2004, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Februar, Düsseldorf

Bispinck, R./WSI Tarifarchiv (2012): Tarifpolitischer Jahresbericht 2011: Höhere Tarifabschlüsse – Konflikte um Tarifstandards – Neue Tarifregelungen, Januar, Düsseldorf

Bundesagentur für Arbeit (BA) (2014): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und Jahr 2013

Busch, G. (2014): Verteilungspolitischer Erfolg, in: Sozialismus 41 (5), S. 54–55

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2014): Wachstum mit Lohnerhöhungen verstetigen, Klartext 6/2014, 14. Februar

Grebenthof, M. (2014): Tarifergebnis. Tage des Zorns, DJV Blog 28.4., <http://bit.ly/VrRprZ> (letzter Zugriff: 05.07.2014)

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Arbeitskreis Konjunktur (2014): Deutschland im Aufschwung – Risiken bleiben.

Konjunkturelle Lage im Frühjahr 2014, IMK-Report (91), April
http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_91_2014.pdf

Institut für Medien- und Kompetenzforschung (IMM) (2013): Strukturwandel in der Druckindustrie, Oktober, Essen

AUTOREN

REINHARD BISPINCK, Dr., ist Leiter der Abteilung WSI und zugleich Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ reinhard-bispinck@boeckler.de

GÖTZ BAUER, MERLE FÖHR, ULRICH SCHMIDT, MONIKA SCHWACKE-PILGER, ANDREA TAUBE, MONIKA WIEBEL und JASMINA ZIOUZIOU sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.